

Sicherheit in der Verantwortung von Staat und Staatsbürger

Plädoyer für eine moderne, in eine allgemeine Dienstpflicht integrierte Wehrpflicht

1 Die Sicherheitspolitik ist im Umbruch – das ist unschwer zu erkennen. Wenn ein deutscher
2 Bundeskanzler behauptet, Deutschland sei in der Lage, größere Verantwortung für die Welt
3 zu übernehmen und gleichzeitig der Verteidigungsminister ständig versucht, die Bundes-
4 wehr einer Reform nach der anderen zu unterziehen, um mit immer knapperen Mitteln zu-
5 recht zu kommen, müssen wir uns allerdings die Frage stellen, an welchen Gesichtspunkten
6 sich die deutsche Sicherheitspolitik in Zukunft orientieren soll. Die Junge Union Bayern will
7 diese Diskussion ehrlich und ohne ideologische Tabus führen. Deshalb stellen wir fest:

- 8
- 9 • Wir müssen den Herausforderungen unserer Zeit begegnen.
- 10 • Wir müssen unser Land gegen eine Vielzahl von möglichen Bedrohungen absichern.
11 Ein willkürliches Herauspicken bestimmter Szenarien darf es nicht geben.
- 12 • Es darf keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben.
- 13 • Nur die langfristige Sicherheitslage darf die Gestalt der Bundeswehr bestimmen.
- 14 • Die Gestalt der Bundeswehr bestimmt die Wehrform und damit das Urteil über die
15 Notwendigkeit der Wehrpflicht.
- 16

17 Wir stellen fest, dass es in unserer Zeit viele neue, aber auch alte Herausforderungen gibt:

- 18
- 19 • Transnationaler Terrorismus, vor dem kein Land der Welt sicher ist;
- 20 • ein mögliches Wiederaufleben des Staatsterrorismus und ein eventuelles Zusam-
21 menwachsen staatlicher und terroristischer Strukturen;

- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- innerstaatliche Konflikte, die in einer globalisierten Welt nicht ohne Auswirkungen auf Deutschland und Europa bleiben (unter anderem durch Migration, Handel, Rohstoffversorgung, Angriffe auf deutsche Staatsbürger);
 - Proliferation von Massenvernichtungswaffen;
 - asymmetrische Kriegführung einschließlich neuer Formen der Kriegführung;
 - ein möglicher Angriff auf das NATO- oder EU-Territorium, der auch heute nicht völlig ausgeschlossen werden kann, und damit die Notwendigkeit der klassischen Landes- bzw. Bündnisverteidigung.

30

31 Vor diesen Hauptbedrohungen muss sich Deutschland durch eine ausgewogene und ver-
32 nünftige Sicherheitspolitik schützen. Die Umstrukturierung der Bundeswehr muss sich des-
33 halb am gesamten Spektrum potenzieller Bedrohungslagen orientieren. Um diesen Szena-
34 rien adäquat zu begegnen, schlagen wir folgende künftige Strukturierung der Bundeswehr
35 in drei Teilen vor:

36

- 37
- **Einsatzarmee:** sie übernimmt das gesamte Spektrum möglicher Auslandseinsätze (u.a. Terrorismusbekämpfung, Peacekeeping, Peace Enforcement). Dafür braucht sie eine erstklassige Ausstattung einschließlich ausreichender Transportkapazitäten. Hier werden nur freiwillig Wehrdienstleistende, Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten eingesetzt. Die Bundeswehreinheiten, die der NATO Response Force und der Europäischen Eingreiftruppe zugeordnet sind, gehören ebenfalls zur Einsatzarmee.
 - **Ausbildungsarmee:** sie gewährleistet die Rekrutierung und Ausbildung des Nachwuchses für die gesamte Bundeswehr und führt die allgemeine Grundausbildung durch.
 - **Reservearmee:** Soldaten, die nicht in einem der anderen beiden Teile der Bundeswehr weiter dienen, bilden die *Verteidigungsreserve*, die zur Landes- und Bündnisverteidigung das notwendige Aufwuchspotenzial gewährleistet. Die *Heimatschutzreserve* gewährleistet nach dem Vorbild Frankreichs, Großbritanniens und der USA den Heimat- und Katastrophenschutz im Inland im Rahmen der grundgesetzlich zulässigen Amtshilfe, um in Krisen Bevölkerung und Infrastruktur zu schützen, und übernimmt humanitäre Einsätze im Ausland. Sie besteht aus ständig aktiven Reservisten, die sich zum Dienst in der Heimatschutzreserve mit regelmäßigen Wehrübungen und Einsätzen zur Unterstützung der Einsatzarmee verpflichten.

55

56 Trotz dieser Dreiteilung sollen die Einheit der Bundeswehr und die Durchlässigkeit zwischen
57 den Teilen erhalten bleiben. Die Frage, wie eine solche Bundeswehr unterhalten werden
58 kann, führt zwangsläufig zur Debatte um die Wehrpflicht. Dabei nehmen wir folgende Ar-
59 gumente wider den Erhalt der Wehrpflicht zur Kenntnis:

60

- 61
- Die Wehrpflicht ist zweifellos ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit junger Männer und hat zugleich wirtschaftliche Folgen, indem sie junge Männer zeitweise aus dem Arbeitsleben zieht.
 - Die Wehrgerechtigkeit ist gegenwärtig nicht gewährleistet.
 - Auch wenn viele Argumente für den Erhalt des Zivildienstes sprechen, kann dessen bloßer Erhalt die Wehrpflicht nicht legitimieren. Das kann allein die sicherheitspolitische Lage.
 - Die sicherheitspolitische Lage erfordert in weiten Teilen der Streitkräfte, insbesondere im Bereich der Einsatzarmee, hochqualifizierte Spezialisten, die in wenigen Monaten Wehrpflicht nicht ausreichend ausgebildet werden können.

71

72 Aus unserer Sicht sprechen jedoch folgende Argumente für eine Beibehaltung der
73 Wehrpflicht:

74

- 75 • Die Wehrpflicht garantiert eine gesellschaftliche Verankerung der Streitkräfte im
76 Bewusstsein der Gesellschaft und zwingt damit die Politik, sich mit den Konsequenzen
77 militärischer Einsätze verstärkt zu befassen.
- 78 • Die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses ist gerade für die Einsatzarmee, in denen
79 viele verschiedene Qualifikationen benötigt werden, ohne die Wehrpflicht faktisch
80 nicht möglich. Die Probleme anderer Staaten, qualifizierten Nachwuchs zu finden (z.
81 B. USA, Großbritannien, Frankreich, Spanien), bekräftigen dies.
- 82 • Die Nachwuchsgewinnung in einer Berufsarmee wäre bei der definierten sicher-
83 heitspolitischen Lage wesentlich teurer als durch die Wehrpflicht. Zusätzlich muss
84 beim Vergleich der Kosten berücksichtigt werden, dass sich durch einen Wegfall des
85 Zivildienstes die Qualität von Pflege und Betreuung verschlechtern wird und entspre-
86 chende Gegenmaßnahmen die öffentlichen Haushalte stark belasten würden.
- 87 • Die Wehrpflicht garantiert einen breiten gesellschaftlichen Querschnitt in den Streit-
88 kräften. Gerade in Auslandseinsätzen braucht die Bundeswehr Soldaten mit hoher
89 sozialer und Führungskompetenz.
- 90 • Die Wehrpflicht verhindert eine „negative Sozialauswahl“, die bei einer Berufsarmee
91 wahrscheinlich wäre. Der Beruf eines Soldaten ist ein extremer Beruf, der sich nicht
92 mit sämtlichen anderen Berufen vergleichen lässt. Deshalb gelten hier andere Gesetze
93 als auf dem normalen Arbeitsmarkt. Nur die Wehrpflicht bringt viele junge Männer
94 dazu, sich mit der Bundeswehr auseinander zu setzen. Viele Zeitsoldaten sind e-
95 hemalige Wehrpflichtige, die sich während des Grundwehrdienstes verpflichtet ha-
96 ben.
- 97 • Die mit der Wehrpflicht verbundene hohe Fluktuation bringt immer wieder frischen
98 Wind in die Streitkräfte. Das sorgt für neue Ideen und eine feste Verankerung der
99 Streitkräfte in der Bevölkerung. Die Gefahr eines „Staates im Staat“ entsteht somit
100 erst gar nicht.
- 101 • Darüber hinaus fungiert die Bundeswehr auch als das, was man früher „Schule der
102 Nation“ nannte. Mit dem Wehrdienst werden Tugenden vermittelt, die immer weni-
103 ger verbreitet und trotzdem nicht überholt sind. Hierzu zählen z.B. Disziplin, Beschei-
104 denheit, sportliche Leistungsfähigkeit und Identifikation mit dem demokratischen
105 Gemeinwesen. Ein weiteres Ziel ist es, in unserer Gesellschaft einen leichtfertigen
106 Umgang mit militärischen Mitteln zu verhindern.
- 107 • Nur die Wehrpflicht kann über ihre Reservisten Vertreter verschiedenster Berufs-
108 gruppen kostengünstig bereitstellen, die bei Auslandseinsätzen als Spezialisten be-
109 nötigt werden (z.B. Ärzte, Bauingenieure, Klimatechniker etc.).
- 110 • Nur die Wehrpflicht mit der mit ihr verbundenen Aufwuchsfähigkeit durch die Reser-
111 ve gewährleistet die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidi-
112 gung.
- 113 • Eine kurzfristige Wiedereinführung der Wehrpflicht bei entsprechender konkreter
114 Gefährdungslage wäre politisch undenkbar und strategisch kontraproduktiv, indem
115 sie als aggressives Signal aufgefasst werden könnte.

116
117 Unter sorgfältiger Abwägung dieser Argumente spricht sich die Junge Union Bayern für die
118 grundsätzliche Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht aus. Allerdings fordern wir eine
119 moderne Ausgestaltung des Wehrdienstes. Dazu gehören für uns:

- 120
- 121 • Es muss wieder mehr Wehrgerechtigkeit geben.
- 122 • Der Wehrdienst muss v.a. Ausbildung für den weiteren freiwilligen Dienst in anderen
123 Teilen der Bundeswehr und für die Landes- und Bündnisverteidigung sein, kein blo-
124 ßes Absitzen.
- 125 • Die Wehrdienstdauer darf sich nur am Kriterium der Ausbildungsqualität orientieren.
126 Der Grundwehrdienst soll eine qualitativ hochwertige Grundausbildung beinhalten.
127 Dafür reichen sechs Monate aus.

- 128
- 129
- 130
- 131
- 132
- 133
- 134
- 135
- 136
- 137
- 138
- 139
- Die Möglichkeiten, den Wehrdienst abschnittsweise zu absolvieren, müssen verbessert werden.
 - Nach Möglichkeit muss die zivilberufliche Qualifikation bereits im Grundwehrdienst berücksichtigt werden.
 - Nach dem Grundwehrdienst müssen die Möglichkeiten verbessert werden, militärische und zivile Qualifikationen der Reservisten auf freiwilliger Basis weiter für die Bundeswehr nutzbar zu machen. Die Förderung im Rahmen des Lehrgangsangebotes für Reservisten und der freiwilligen Reservistenarbeit muss sich dabei stärker als bisher am neuen Aufgabenspektrum der Bundeswehr orientieren. Beispielsweise muss in Zukunft statt der Reservistenarbeitsgemeinschaft Modellbau die Vorbereitung auf Auslandseinsätze verstärkt gefördert werden.

140

141

142

143

144

145

146

Um die Wehrgerechtigkeit wieder herzustellen, soll jeder männliche Jugendliche in Form der Allgemeinen Dienstpflicht einen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Wir wollen dabei den Dienst für Sicherheit in Bundeswehr oder Bundesgrenzschutz den sozialen und ökologischen Diensten gleichstellen. Indem alle Männer einen gesellschaftspolitischen Beitrag leisten, wachsen auch die Chancen für ein größeres Verantwortungsbewusstsein und eine bessere Identifizierung mit dem Gemeinwesen.

147

148

149

Für die Junge Union Bayern ist es wichtig, dass der Dienst in allen Formen der Allgemeinen Dienstpflicht vergleichbare Bedingungen bietet. Dies gilt u.a. auch für die Bezahlung und die Länge des Dienstes.

Beschluss des Landesausschusses der JU Bayern
vom 28.11.2003

Arbeitskreis Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
Internationale Kommission

AK-Leitung: Dr. Christoph Israng & Carolin Opel
Projektleitung: Dr. Christoph Israng & Maximilian Benner